

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Querstraße Nr. 8) und Dresden (bei C. Götner, Neustadt, an der Brücke, Nr. 3).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich zwei mal und wird ausgegeben in Leipzig Dinstags 11 Uhr, Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 6 Uhr, Dinstags 9 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 3 Thlr.; jede einzelne Nummer 1 Ngr.

## Die Dresdener Conferenzen.

**Hannover, 24. Jan.** Sollten nicht noch später hervorragende Hindernisse eintreten, so kann man zuversichtlich darauf rechnen, daß bis zum 1. März d. J. eine neue Centralgewalt für Deutschland hergestellt sein wird; es ist Dies jetzt die unmittelbarste Aufgabe der beiden Haupthelden des deutschen Drama, des Fürsten Schwarzenberg und Barons Manteuffel, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß schon innerhalb der nächsten 14 Tage eine Zusammenkunft dieser beiden Minister in Dresden erfolgt, wo dann auch wieder die H. v. d. Pfordten und v. Münchhausen erscheinen werden. Nur wenn unübersteigliche Hindernisse eintreten, wird man zu einem Provisorium greifen; beabsichtigt wird die Herstellung eines Definitivums. Doch glauben wir selbst, daß die Schwierigkeiten sehr groß sein werden, und daß man deshalb noch eher auf ein Provisorium auf einige Monate, aus Preußen und Oesterreich bestehend, rechnen kann. Denn Das ist jedenfalls voraussichtlich, daß die Reduktion der Stimmen bei vielen kleinen Staaten und besonders bei solchen, die auch noch eine Macht außerhalb des Bundes haben, wie Dänemark und Holland, auf Schwierigkeiten stoßen dürfte. Freilich wird Alles, was geschehen kann, nur in einem Protest bestehen oder höchstens in einem passiven Widerstand, und wir zweifeln, ob Dies irgendwelche factischen Folgen in der Aenderung der Dinge haben dürfte, da über das Stimmenverhältniß Oesterreich, Preußen und die vier Könige ganz einverstanden sind. Wenn man von bereits eingelaufenen Protesten von Seiten Badens, Dänemarks und Hamburgs spricht, so dürfte das doch wol noch sehr verfrüht sein, da solche Proteste erst bei der Plenarberatung am Plage sein möchten, die Commissionen sich damit gar nicht befassen können und dieselben zurückweisen müßten. Das Stimmenverhältniß dürfte übrigens ein längst im geheimen schlummernder Plan der Großmächte der Heiligen Allianz gewesen sein und demnach auch jede Opposition dagegen scheitern.

Dagegen ist es voraussichtlich, daß es in der dritten Commission zu keinem einigenden Beschluß kommen wird; hier sind die Pläne und Forderungen so diametral sich gegenüberstehend, daß es schon innerhalb der Commission eine babylonische Verwirrung geben muß. Baiern, Oesterreich, Sachsen und Württemberg gontiren das österreichische Einigungsproject, Preußen, Braunschweig, Nassau und die andern norddeutschen Kleinstaaten, die Erhaltung des Statusquo in Zollangelegenheiten innerhalb des Zollvereins, und Hannover, Mecklenburg und die Hansestädte wollen totale Verwirrung hineinbringen, damit nichts zustandekommt und sie in ihrer freien selbständigen Stellung verbleiben. Dennoch hat Preußen nach langem Hin- und Herschwanfen in der Handelspolitik einen festen Boden gefaßt: es will eine Erhaltung des Zollvereins, jedoch bei Reducirung der Tarifföhe des jetzigen Tarifs. Hiermit, weiß es, dringt es jedoch bei Baiern, Württemberg und vielleicht auch bei Baden nicht durch, da bei dem Junst- und Innungswesen in jenen Staaten die Bildung noch sehr zurückgeblieben und man sich noch keine richtigen Begriffe machen kann, daß niedrige, eigentlich nur Finanzzolltarife den größten Wohlstand des Landes befördern, wovon Amerika in diesem Jahre den deutlichsten Beweis geliefert. Man will deshalb, falls jene Staaten den neuentworfenen Tarif nicht annehmen, sie zu einem Ausscheiden aus dem Zollverband auffodern und werden dagegen bereits Unterhandlungen mit Hannover, Mecklenburg, Oldenburg und den Hansestädten angelnüpft, wodurch der Zollverein in geschlossener Linie ganz Norddeutschland zusammenfassen wird. Uebrigens werden jene Staaten, wo Alles nach politischer Laune geht und von einer umsichtigen handelspolitischen Bildung keine Ahnung existirt, wenn es zur Extremität kommt, wol einsehen, von wo aus sie die schönen Summen aus den Vereinskassen erhalten haben, und sie werden am Ende denn doch klein beigeben und sich freuen daß man sie wieder aufnimmt. Die Consumtionsfähigkeit der Ungarn, Slowaken und Italiener wird ihre Klassen wenig fällen. Dieser Plan wird von Preußen sehr eifrig betrieben und es handelt sich hierbei lediglich darum, ob Preußen in der Ermäßigung seines Tarifs solche Concessionen zu machen gesonnen, daß die Staaten des Steuervereins und die Hansestädte ohne Gefahr für eine Einbuße ihrer Staatskassen und eine Bedrückung des materiellen Wohls ihrer Einwohner, in den Zollverband werden eintreten können. Wenn man von Berlin aus die Sache für schon abgethan hält, so irrt man sehr; in solchen Dingen herrscht bei uns eine tiefe Kenntniß, sowol bei der Regierung als beim Publicum, und der Finanzdirector Klenze, der sich nach Dresden begibt, wird den Herren dort manche Aufklärungen geben können, wie bei einem niedrigen Steuersystem die Staatskasse

die größten Einnahmen hat und das Publicum aller Classen sich die meisten Genüsse durch Tausch verschaffen kann. Denn während der Zollverein, bei seinen fast dreifach so hohen Zöllen, nur 21 Sgr. Zolleinnahme auf den Kopf einnimmt, nimmt der Steuerverein 29 Sgr. auf den Kopf ein. Der Verbrauch von Colonialwaaren ist fast um ein Drittel auf den Kopf mehr. Dennoch wird diese Frage noch eine Menge Schwierigkeiten haben, und wenn Preußen den Zollverein in seiner Weise reorganisiert, dann soll erst ein Handelsvertrag mit Oesterreich abgeschlossen werden zum Zweck der Aufhebung des Durchgangs- und Transitozolls und in Betreff der gegenseitigen freien Einfuhr von Rohstoffen und Landesproducten.

Für uns wäre eine bedeutende Tarifiermäßigung des Zollvereins, wodurch ein fester Zusammenschluß Norddeutschlands erfolgte, mit möglichst freier Bewegung der größte Fortschritt; wer auf diesem Wege mit uns gehen will, ist uns willkommen, wir nehmen Jeden, der uns seine Grenzen öffnet, als Freund auf, allein er darf uns nicht die unserigen mit seinen zusammengenommen dem übrigen Verkehr gegenüber verschließen. Ein amerikanischer, gewichtiger Staatsmann, der natürlich für die republikanische Staatsform vorwiegend eingenommen war, sagte: „Mir ist eine absolute Monarchie mit Handelsfreiheit und Gewerbefreiheit viel lieber als eine demokratische Republik mit hohen Schutzzöllen und Zünften.“ In der ersten wird Wohlstand und Bildung herrschen, in der letzten Armuth, Noth, Laster und Stumpfheit! Möge man demnach auch für Deutschland die Wichtigkeit dieser Fragen recht scharf ins Auge fassen und beherzigen.

Das Correspondenz-Bureau vom 26. Jan. sagt: Die Verhandlungen in Dresden wenden sich immer mehr concreten Gegenständen zu. Mit der erfolgten Vereinbarung zwischen Preußen und Oesterreich über die zu bildende Centralgewalt und mit der von Oesterreich proponirten Zoll- und Handelseinigung ist Dies bisher schon nach zwei Seiten geschehen. Man hat aber in diesen Fragen schon zur Sprache gebracht, ob die bisher bestandenen Bundesverträge und Gesetze als die Grundlage der zu reconstituirenden Bundesorgane anzusehen seien. Man ist so auch jetzt in die Lage gekommen, sich darüber auszusprechen, wie es in Betreff der sogenannten Ausnahmegeetze gehalten werden soll. Am 2. April 1848 hatte die Bundesversammlung ganz allgemein erklärt, „die sogenannten Ausnahmegeetze seien, nachdem sie unter veränderten Umständen bereits allenthalben außer Wirksamkeit getreten wären, hiermit auch von Seiten des Deutschen Bundes förmlich als aufgehoben und beseitigt zu erklären.“ Man hat nun von mehreren Seiten in rechtlicher wie in politischer Hinsicht geltendgemacht, daß dieser allgemeine Beschluß wenig zu bedeuten habe, es seien bestimmte Gesetze nicht aufgehoben. Für die Erhaltung derartiger Gesetze hat sich dem Vernehmen nach auch namentlich Kurhessen ausgesprochen. Die Instructionen des preussischen Bevollmächtigten, die preussische Verfassung als Grundprincip annehmend, schließen es aus, daß der preussische Bevollmächtigte sich für die Anerkennung der allerdings in sehr allgemeiner Art aufgehobenen Ausnahmegeetze oder für ihre Rehabilitirung erklären konnte.

Die österreichische Regierung verharret in Dresden mit eiserner Festigkeit auf ihren Zoll- und Handelspropositionen; sie entwickelt für dieselben eine sehr lebhaft Agitation. Wenn nun auch sicher anzunehmen, daß Preußen, das sich in dieser Beziehung hinlänglich erklärt hat, durch jene Agitation nicht zu gewinnen ist, so glaubt Oesterreich durch seine lebhaften Bemühungen doch Schwankungen unter den natürlichen Bundesgenossen Preußens hervorbringen zu können. Wir glauben, das Interesse spricht zu laut, als daß Preußen Gegenagitationen nöthig hätte.

Es heißt, daß in Dresden von mehreren früher reichsunmittelbaren Herren Schritte geschehen seien, um dort für die Wiederherstellung der ihnen durch die neuere Gesetzgebung in den Einzelstaaten genommenen Steuerfreiheitsrechte, welche ihnen früher von Seiten des Bundes zugesichert worden sind, thätig zu sein.

## Schleswig-Holstein.

**Aus Holstein, 24. Jan.** Jetzt, nachdem mit dem Aufhören des Kriegsjubels und Waffengeklirrs, welches den Vorwand zu allen die persönliche Freiheit niederhaltenden Beschränkungen gab, ein normaler Zustand hergestellt, tritt die Politik der hier dirigirenden Staatsmänner en miniature in ihrer ganzen Nacktheit hervor. Gestatten Sie mir, unbeschadet der nationalen Sympathien unserer Sache, unbeschadet der Be-